

Sitzung	Gemeinderat - öffentlich - 07.11.2023		
Beratungspunkt	Donaubus - Antrag Zuschuss für Dieseldkosten		
Anlagen	Anlage 1 – Antrag VGB Anlage 2 – Aufstellung Mehrkosten		
Kontierung	L5470-3301, SK 43180000		
Gäste			
vorangegangene Beratungen	Vorlage Nr. 3-003/23	Sitzung Mobilitätsausschuss	Datum 10.10.2023

Erläuterungen:

Seit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine sind die Energiekosten und damit auch die Benzin- und Dieselpreise massiv gestiegen. Vor diesem Hintergrund hat die Verkehrsgesellschaft Bregtal (VGB) am 8. November 2022 einen Antrag auf „Dieselhilfe“ gestellt (Anlage 1).

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine stellen eine neue Herausforderung für alle Branchen dar, denn eine derart hohe Dieselpreissteigerung war nicht vorhersehbar. Die Verkehrsunternehmen des ÖPNV sowie des Donaubusses sind hiervon in besonderem Maße betroffen, da auch die Folgen der Corona-Krise nach wie vor andauern. Darüber hinaus hat die VGB keine Möglichkeit, die gestiegenen Preise durch eine Reduzierung des Angebots oder eine Erhöhung der Ticketpreise einseitig zu kompensieren.

Der Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises hat für seinen Zuständigkeitsbereich in der Sitzung vom 07.11.2022 beschlossen, für die entstandenen Mehrkosten durch die gestiegenen Dieselpreise im Linienverkehr einen einmaligen Ausgleich in Höhe von 2/3 der Mehrkosten zu gewähren. Dazu muss aber gesagt werden, dass das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis Bruttoverträge mit den Busgesellschaften abgeschlossen hat.

Der Vertrag der Stadt Donaueschingen mit der VGB ist ein Nettovertrag. Dies bedeutet, dass das Unternehmen prognostiziert, welche Fahrgeldeinnahme es erwarten kann und kalkuliert daraus, zusammen mit den Kosten der Fahrten, einen Preis. Der Aufgabenträger zahlt diesen Preis. Bei mehr Fahrgeldeinnahmen als erwartet bedeutet dies einen zusätzlichen Gewinn, bei weniger einen Verlust für das Verkehrsunternehmen.

Am 14. April 2023 hat die VGB uns die Aufstellung des tatsächlich getankten Dieseldkraftstoffes und AdBlues für das Jahr 2022 zukommen lassen. (Anlage 2). Danach sind der VGB für das Jahr 2022 Mehrkosten in Höhe von 33.152,40 € entstanden.

Der Antrag wurde am 10.10.2023 im Mobilitätsausschuss vorbesprochen. Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, für die entstandenen Mehrkosten der VGB einen Zuschuss in Höhe von 50 % - 16.576,20 € - zu gewähren.



Beschlussvorschlag:

1. Für die entstandenen Mehrkosten wird der VGB ein Zuschuss in Höhe von 16.576,20 € gewährt.
2. Die Kosten sollen überplanmäßig über das Budget 5470-33 Verkehrsbetriebe ÖPNV-Stadtbus (L5470-3301, SK 43180000) gedeckt werden.

Beratung: